

Auf zum 1. Mai

Seit 1890 feiern die Arbeiter und Arbeiterinnen weltweit den 1. Mai als Tag des Kampfes und der Solidarität. Sie gehen am 1. Mai auf die Straßen um ihre Forderungen für gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen, für gleiche Rechte und Frieden kundzutun.

Sie fordern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Ein Verbot der prekären Arbeit und der Leiharbeit. Sie sind gegen: Diskriminierung, Armut, Rassismus und gegen Krieg.

Die Militärausgaben sind drastisch gestiegen. Die NATO fordert schon länger, dass alle Mitglieder bis spätestens 2024 zwei Prozent oder mehr ihres Brutto- sozialprodukts in Rüstung investieren. Mit der neuen Regierung folgt auch Deutschland dem Rüstungsauftrag der NATO und erhöht den Etat von 35 Milliarden auf 70 Milliarden Euro. Die Rechnung für Aufrüstung und Kriege werden wir Frauen mit Armut, wenig Bildungsmöglichkeiten unserer Kinder oder gar den Verlust unserer Kinder durch diese ungerechten Kriege bezahlen. Die Erhöhung des Verteidigungsetats bedeutet für uns die Einschränkung von sozialen Rechten, die Senkung der Gehälter und die Erhöhung der Steuern. Dies bedeutet Einschränkungen im Gesundheitsbereich, Bildungsbereich bis hin zu Kürzungen der Rente. Wir Arbeiterinnen wissen, dass die imperialistischen Kriege unser Leben und das unserer Kinder beeinträchtigt und fordern alle Frauen dazu auf am 1. Mai auf die Straßen zu gehen und den Kampf für Frieden zu stärken!

Für

Gleichberechtigung

In den letzten Jahren hat sich zum Thema Gleichberechtigung nicht maßgeblich viel getan. Weltweit arbeiten ca. 600 Millionen Frauen ohne Arbeitsverträge in unsicheren Arbeitsverhältnissen.

Auch in Deutschland sind viele Frauen im Niedriglohnsektor oder in Minijobs beschäftigt. Sie haben wenig Einkommen und bekommen im Durchschnitt 22 Prozent weniger Gehalt als männliche Beschäftigte. Im Niedriglohnsektor sind 69 Prozent der Beschäftigten Frauen. Mit dem Gehalt im Niedriglohnsektor können die meisten nicht einmal für ihre Grundbedürfnisse aufkommen. Trotz Arbeit, ist fast jede dritte Frau auf Sozialhilfe angewiesen. In Arbeitszweigen wo hauptsächlich Frauen beschäftigt werden, bildet der niedrige Lohn und unsichere Arbeitsverhältnisse das Fundament für ein unmenschliches Leben.

Gegen Diskriminierung

Die Opfer der weltweiten Kriege sind die Geflüchteten. In Europa werden sie für eine rassistische Propaganda instrumentalisiert. Rechtspopulistische Parteien, wie die AfD hetzen vor allem gegen Geflüchtete und MigrantInnen, indem sie versuchen Menschen gegeneinander auszuspielen! Die AfD verteidigt eine konventionelle, kindereiche Familienkonstruktion. Sie wirbt offen für ein rückständiges Frauenbild und die Rückabwicklung zahlreicher Errungenschaften der Gleichberechtigung und will den Frauen ihr 100 jähriges Wahlrecht wieder entziehen. Wir verurteilen diese rassistische und rückständige Politik.

Lasst uns am 1. Mai noch lauter unsere Forderungen auf die Straßen tragen! Gegen Spaltung, für Frieden und Gleichberechtigung. Für eine Stärkung der Solidarität der Arbeiter und Arbeiterinnen!



Bundesverband der Migrantinnen

www.migrantinnen.net info@migrantinnen.net

